

Sozialwissenschaftliche Studie überMorgen. Der gesellschaftspolitische Diskurs.

(Auszug - Kapitel 3)

Autor: Fred Luks

www.fredluks.com, mail@fredluks.com

Der vorliegende Text ist ein Auszug aus der Sozialwissenschaftlichen Studie zum Projekt „überMorgen. Der Gesellschaftspolitische Diskurs“. überMorgen ist eine Initiative der Industriellenvereinigung (IV) gemeinsam mit dem Österreichischen Roten Kreuz und der ERSTE Stiftung. Das Projekt setzt sich das Ziel gesellschaftspolitische Zukunftsthemen mit einem breiten Spektrum der Bevölkerung zu thematisieren und zu diskutieren, zu einem besseren Verständnis gesellschaftspolitischer Sachverhalte beizutragen und Ideen für positive Zukunftsbilder zu liefern.

Die sozialwissenschaftliche Studie dient der Aufarbeitung des Diskussionstandes zu zwölf Themenkomplexen und jenen Fragen, die die Beteiligten für zentral für das Projekt halten. Der Text ist einerseits ein für sich selbst stehender Diskussionsbeitrag, er ist aber auch als Vor-Arbeit für die Diskussionsveranstaltungen zu verstehen, die im Rahmen des Projekts stattfinden werden sowie ein Element der Formulierung von Zukunftsbildern.¹

Inhalt der Studie

0. Ein gesellschaftspolitischer Diskurs für Österreich
 1. Erfolg und Scheitern
 2. Freiheit, (Eigen-)Verantwortung und Solidarität
 3. Demokratie, Teilhabe und Gestaltungsmacht
 4. Bildung und Wissen, Vernunft und Irrationalität, Fakten und Fake-News
 5. Diversität, Offenheit und Geschlossenheit
 6. Polarisierung und Spaltung, Beschleunigung und Eskalation
 7. Umwelt, Nachhaltigkeit und Resilienz
 8. Demographie, Familie, Kinder, Stadt / Land
 9. Arbeit und Muße in Zeiten der Digitalisierung
 10. Wohlstand und Wirtschaft
 11. Innovation und Exnovation
 12. Zukunftsangst und Zukunftsoptimismus
 13. Schlussfolgerungen. Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens

1. Die folgenden Ausführungen geben nicht notwendigerweise die Auffassungen der Auftraggeber wieder und liegen allein in der Verantwortung des Autors.

Auszug Kapitel 3

Demokratie, Teilhabe und Gestaltungsmacht

Demokratische Gestaltungsmacht in einer globalisierten Welt

Dass die wirtschaftliche Globalisierung nationalstaatlichen Steuerungsbestrebungen Grenzen setzt, ist seit Jahrzehnten Thema gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Diskussionen. Konzepte wie „Konkurrenzfähigkeit“, „Standortpolitik“ und „Wettbewerbsstaat“ haben hier ihren Ursprung. Stets geht es darum, wie eine Volkswirtschaft in einer dynamischen globalisierten Ökonomie „mithalten“ oder – noch besser – „vorne dabei“ sein kann. Gerade eine kleine und sehr exportorientierte Wirtschaft die Österreichische ist von diesen Fragestellungen besonders stark betroffen.

All dies ist nicht nur ökonomisch relevant, sondern ganz wesentlich auch gesellschaftspolitisch. Zweifel an der politischen Steuerungskompetenz und Unzufriedenheit mit den Folgen der Globalisierung wirken sich profund auf die politische Atmosphäre aus, wie nicht nur das Erstarken populistischer Parteien zeigt. Zum einen hat Globalisierung nicht nur positive Wirkungen (s. unten), sondern auch dezidiert negative Folgen. Diese betreffen zum Beispiel den Zustand der natürlichen Umwelt oder die Zerstörung kleinteilig organisierter Sektoren, beispielsweise im Fall von Industriebetrieben in Frankreich oder von landwirtschaftlicher Selbstversorgung in Indien.

Dazu hat sich in letzten Jahren immer mehr die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Nutzen der Globalisierung innerhalb der profitierenden Länder teilweise sehr ungleich verteilt waren, ohne dass das irgendwie kompensiert wurde. Spätestens seit sich dies auch im Verhalten des Wahlvolks widerspiegelt, wird dies verstärkt thematisiert. Dabei steht nicht die Gültigkeit des Theorems der komparativen Kostenvorteile in Frage. Problematisiert wird vielmehr, dass es auch unter Gültigkeit der Ricardianischen Handelsvorteile massive Nachteile für Regionen und Individuen geben kann.

Wenn ganze Sektoren und Regionen ökonomisch abgehängt werden und entsprechend Arbeitsplätze verloren gehen (vgl. Economist 2017b), wird dies vom Wahlvolk zunehmend der Politik zugerechnet, wie jüngst Abstimmungsergebnisse in Großbritannien und Wahlergebnisse in den USA und anderen Ländern gezeigt haben (dass dies nicht die einzige Ursache für Populismus ist, wird uns noch [in [Kapitel 6](#)] beschäftigen). Dadurch, dass ganze Landstriche von der internationalen Arbeitsteilung nicht nur nicht profitieren, sondern massive Probleme erleben, entsteht vermehrt der Ruf nach Ausgleich und Kompensation. Festzustellen ist jedenfalls, dass die immer deutlicher werdenden „Schattenseiten“ der Globalisierung sich politisch auswirken und die „Verlierer“ an der Gestaltungsmacht oder am Gestaltungswillen demokratischer Institutionen zweifeln. Parolen wie „Take back control“ (Claim der Brexiters) oder „Make America Great Again“ (Wahlkampfeslogan Donald Trumps) bringen dies auf den Punkt – und markieren für manche Beobachter wachsende Zweifel an der Demokratie an sich.

Ein weiteres Problem ist nicht räumlicher, sondern zeitlicher Natur: die Frage, wie (sehr) langfristig angelegte Politikfelder wie im Allgemeinen die Nachhaltigkeit oder im Besonderen der Klimaschutz demokratisch funktionieren können. Ganz offensichtlich fällt es demokratischen Gesellschaften schwer, Langfristtherausforderungen wie den Klimawandel (die sehr weit über die Perspektive von Legislaturperioden hinausreichen) gut zu „managen“. Hier wird nicht selten der Begriff der „Öko-Diktatur“ beschworen, der auf die Gefahren verweist, die durch gleichsam ökokratische Regime der Demokratie drohen.

Zweifel an der Steuerungsfähigkeit des (National-)Staates in einer globalisierten Welt, der Umgang mit Migrationsfragen und die immer deutlicher werdende Realität der anthropogenen Klimaerwärmung können Legitimationsprobleme aufzuwerfen entstehen lassen. Das ist auch relevant für die gegenwärtige Situation: „Je stärker die Fähigkeit des Staates, die bestehende Verteilung von Ressourcen, Aktivitäten und zwischenmenschlichen Verbindungen zu verändern,

desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Nachfrage nach Populismus inaktiv bleibt.“ (Mudde / Kaltwasser 2017, 111) Wenn demokratische Prozesse und Strukturen nicht „liefern“, was sie versprechen oder von ihnen erwartet wird, ist das nicht trivial.

Demokratie in der Krise?

Dass im gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskurs die Zweifel an der Funktions- und Leistungsfähigkeit demokratischer Systeme wachsen, hat mehr als ökonomische und ökologische Gründe. Wie Freiheit, gutes Regieren und Demokratie zusammengehen, erweist sich als Schlüsselfrage unserer Zeit. Dies liegt einerseits in der Sorge begründet, dass Demokratien sich (unter anderem aufgrund der skizzierten Steuerungsgrenzen) bei der Bewältigung „großer“ Fragen wie Wohlstandsverteilung, Finanzstabilität oder Klimawandel sichtlich sehr schwertun. Andererseits deuten die weltweiten Erfolge populistischer Akteure deutlich darauf hin, dass sich die Demokratien in der Krise befinden – zumindest dann, wenn man Krise als Zustand definiert, in dem das Alte stirbt und das Neue noch nicht in der Welt ist (Gramsci). Klar ist, dass Demokratie heute mehr in Frage steht als irgendwann seit dem Zweiten Weltkrieg.

Statt in das „Ende der Geschichte“ einzutreten, erlebt die Welt heute ein Aufkommen populistischer Bewegungen, Zweifel an der Demokratie und ein Erstarren zahlreicher nicht-demokratischer Regime. Auf internationaler Ebene ist dies eng mit der Krise des Multilateralismus verknüpft. Dieser zentrale Baustein der globalen Nachkriegsordnung schwächelt heute in einer Weise, die noch vor einem Jahrzehnt undenkbar gewesen wäre. Das Erstarren national-egoistischer Interessenpolitik – nicht zuletzt in den USA – ist für eine stabile und zukunftsgerichtete Weltordnung ein Risiko. Dies gilt für so unterschiedliche Felder wie Handels-, Verteidigungs- und Klimapolitik.

Ein Schlüsselproblem für die Demokratie ist der Umstand, dass nach Ansicht mancher Beobachter die Politik paradoxerweise unpolitischer wird. Man habe es gewissermaßen, so Thurnher (2017a; 2017b), mit „Anti-Politik“ zu tun, die französische Bewegung *En Marche* zum Beispiel habe „neue Maßstäbe von Zurechnungslosigkeit und Eitelkeit gesetzt.“ Thurner diagnostiziert vor diesem Hintergrund Verachtung für politische Kompetenz, für das politische System und „Verachtung für Politik als Beruf“. Wenn Parteien zu „Bewegungen“ oder „Listen“ werden, werten das manche als Abschied von einer verkrusteten Parteiendemokratie – man sollte aber auch die potenziell sehr hohen Kosten berücksichtigen, die hiermit einhergehen könnten. Politik *als Beruf* und als Kompetenz scheint heute kaum noch zu zählen.

Vor diesem Hintergrund ist oft von „Postdemokratie“ die Rede (vgl. vor allem Crouch 2008; Blühdorn [2013, 201] spricht von der „postdemokratischen Wende“. Freilich ist dieser Begriff – ähnlich wie „Neoliberalismus“ – fast zu einem Kampfbegriff mutiert (vgl. auch Blühdorn 2013, 116ff. und zum Folgenden Luks 2018, 40ff.). Zweifel an der Demokratie werden heute nicht nur von populistischen Kräften geäußert, sondern spielen auch in Expertendiskursen eine zunehmend wichtige Rolle – eine Entwicklung, die noch vor einem Jahrzehnt kaum denkbar gewesen wäre.

Im Verhältnis zur Demokratisierung, die das autonome Subjekt und seine Befreiung gebracht hat, spricht der Soziologe Ingolfur Blühdorn (2013, 144; Herv. dort) von einer „*Emanzipation zweiter Ordnung*, bei der es um die partielle Befreiung von zuvor erstrittenen Verantwortlichkeiten geht“ – Ziel sei es, in Anlehnung an Kant gesprochen, der „*Auszug aus der selbst erstrittenen Mündigkeit*.“ Eine solche Phase in der Entwicklung der Demokratie, so Blühdorn (2013, 145)

„ermöglicht den Bürgern neben der Befreiung von moralischen und intellektuellen Selbstüberforderungen vor allem auch eine gewisse Befreiung von der *persönlichen* Gemeinwohlverpflichtung (soziale und ökologische Imperative) und die unbeschwertere Ausnutzung der sich lebensweltlich jeweils bietenden Handlungs- und Selbstverwirklichungsoptionen.“ (Herv. dort)

Die Bürger wollen es aus dieser Perspektive also gut haben und sich von etwaigen Verpflichtungen, die sie als Demokratinnen verspüren könnten, unabhängig machen. Blühdorn (2013, 153; vgl. auch 2019) schreibt:

„Aus der Perspektive moderner Wohlstandsgesellschaften ist *mehr Demokratie* tatsächlich nur noch sehr bedingt ein Versprechen oder eine Verheißung, sondern oftmals eher eine Bedrohung. Denn mehr Demokratie bedeutet stets mehr Selbstverantwortung für die Bürger.“
(Herv. dort)

Teilt man diese Sicht der Dinge, erscheinen die Befürchtungen um den Fortbestand und die Weiterentwicklung der Demokratie bestenfalls als nur bedingt angemessen. Entgegen der herrschenden Defizitdiskurse formuliert Blühdorn (2013, 47) folgende These: „Die heutige Form der Demokratie ist durchaus angemessen, entspricht durchaus den Bedürfnislagen und Herausforderungen moderner Konsumgesellschaften.“ So erweisen sich die Zweifel an der Demokratie bisweilen verfehlt, ja geradezu verlogen. Zugespitzt: Die Menschen bekommen was sie wollen.

Das Projekt überMorgen nimmt eine andere Perspektive ein, nimmt Zweifel wie diejenigen Blühdorns aber ernst. Entsprechend des Diktums des italienischen Marxisten Antonio Gramsci „Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens“ (vgl. [Kapitel 13](#)) geht es hier darum, die relevanten Themen kritisch zu beleuchten – und dann etwas daraus zu machen. Zum Optimismus, so könnte man den Geist des Projekts wohl beschreiben, gibt es keine Alternative. Vor diesem Hintergrund ist auch zu fragen, ob es einen Anlass für einen – den Blühdornschen Thesen krass entgegengesetzten – Reform- und Transformationsoptimismus (vgl. [Kapitel 7](#)) oder die Hoffnung auf die erlösende Kraft partizipatorischer Entscheidungsprozesse gibt.

(Mehr) Partizipation als Heilmittel?

Partizipation ist insoweit ein besonderes Thema, weil es das Design des Projekts *überMorgen* unmittelbar berührt. Das Projekt *ist* selbst (auch) ein Partizipationsprozess. Zwar geht es nicht um Beschlüsse und Entscheidungen – aber doch darum, an einem Meinungsbildungsprozess zu partizipieren. Die Initiatoren sehen diese Partizipation, wie gesagt, als Wert an sich und als wichtigen Beitrag für mehr Verständnis und für das Design positiver Zukunftsbilder. Partizipation wird hier also eindeutig positiv bewertet. Diese Haltung ist freilich nicht mit einem naiven Vertrauen in Partizipation als „Heilmittel“ zu verwechseln.

Markus Miessen (2012) hat in seinem Buch *Albtraum Partizipation* mit deutlichen Worten auf die Grenzen umfassender Beteiligungsprozesse hingewiesen. Ein naives Vertrauen auf die von partizipationseuphorischen und basisdemokratischen Bewegungen ist in der Tat nicht angebracht, wie Robert Misik (2013, 83) treffend auf den Punkt bringt:

„Querulantische und radikale Minderheiten aus Leuten, die sonst nichts Gescheiteres zu tun haben im Leben, vertreiben die vernünftigen Leute nicht selten aus solchen Bewegungen, und Radikale gewinnen die Oberhand, weil es den anderen einfach mit der Zeit zu blöd wird.“

Außerdem, darauf weist auch Misik hin, sind die zeitlichen und monetären Voraussetzungen zur Beteiligung an Partizipationsprozessen überaus ungleich verteilt. Dazu kommt ein Kompetenzproblem, wenn es um die Entscheidung über hochkomplexe Materien geht, die selbst Fachleute kaum in den Griff bekommen: Klimawandel, Chemikalienpolitik, „Euro-Rettung“, Einwanderung und Entwicklungszusammenarbeit zum Beispiel. Deshalb sind hier auch die Formunterschiede bei Partizipationsprozessen von Bedeutung: Es ist ein relevanter Unterschied, ob es um direkte Demokratie oder Partizipation im weiteren Sinne geht. Im ersten Fall „gilt“ die Stimme der Bürgerinnen und Bürger im Kontext formalisierter Abstimmungen direkt und entscheidet für oder gegen etwas. Deliberative Prozesse dagegen sind wesentlich auf die Meinungsbildung durch gemeinsames Überlegen (DelibARATION) angelegt.

Es kann zwischen Teilnahme und Teilhabe unterschieden werden – wobei diese Begriffe alles anders als einheitlich verwendet wird. Näherungsweise kann man sagen, dass teil-nehmen eher aktiv zu verstehen ist (man „nimmt“ sich etwas) und teil-haben eher passiv.

Die Menschen mehr und öfter in politische Entscheidungsprozesse einzubinden, ist voraussetzungsvoll. Der Politologe Ivan Krastev (2017, 76) schreibt: „Das Recht, klug regiert zu werden, kann in Widerspruch zum Recht der Bürger geraten, wählen zu dürfen.“ Partizipation ist vor diesem Hintergrund auch insoweit ein besonderes Thema, als es viele hier erörterte Themen berührt – nicht zuletzt den Themenbereich Populismus. Wo (oft: rechte) Populisten aus ideologischen Gründen direkte Mitbestimmung des Volkes präferieren, sehen (oft: linke) Vertreterinnen der Gemeinwohlbewegung oder der Nachhaltigkeit darin Möglichkeiten zu mehr Gerechtigkeit und Umweltschutz (vgl. Mudde / Kaltwasser 2017, 17f.; Luks 2014).

Man sollte also Vor- und Nachteile repräsentativer Demokratie nicht aus dem Auge verlieren, wenn es um produktive Zukunftsbilder geht. Am Ende geht es um eine richtige *Balance* zwischen repräsentativen Beteiligungsformen und (zum Beispiel auf kommunaler Ebene) Formen direkter Mitbestimmung. Gerade weil Partizipation auch ein Mittel gegen Polarisierung und Spaltung sein könnte, ist diese Balance ernsthaft zu erwägen (vgl. auch Osztovics u.a. 2018, 53f.). Mit unzähligen Agenda 21-Prozessen auf der ganzen Welt, Bürgerversammlungen in Irland, und den Vorarlberger Bürgerräten gibt es zahlreiche Beispiele für funktionierende Partizipationsprozesse.

(Mehr) Partizipation ist definitiv kein „Allheilmittel“ für die aktuellen Probleme der Demokratie. Sie kann aber in jedem Fall ein wichtiges Element der Weiterentwicklung und Wiederbelebung demokratischer Prozesse sein. Erfolgreich kann dies auf Dauer freilich nur dann sein, wenn Partizipation nicht durch Gefühle und halb wahre Vermutungen dominiert wird, sondern überprüfbare Fakten zur Verfügung stehen, die von aufgeklärten Subjekten diskutiert werden können.

Das gesamte Literaturverzeichnis finden Sie [hier](#).